



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2021/02648**
Datum: 05.05.2021
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser:
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	26.05.2021	öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der AfD-Stadtratsfraktion für eine Konzeption zur gerechten Verteilung der Belastungen durch Asyl- und Migration sowie zur Verminderung der Segregation von Ausländern im Stadtgebiet

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung erarbeitet ein Konzept zur gerechten Verteilung der Belastungen durch Asyl- und Migration sowie zur Verminderung von Segregation, insbesondere von Ausländern im Stadtgebiet von Halle.

Dazu wird ein Maßnahmenplan erarbeitet, der es ermöglicht, dass Asylbewerber oder ihnen gleichgestellte Personen, ihren Wohnsitz auch in Wohngebieten in denen die Mietpreise üblicherweise über den durch KdU-Leistungen gedeckten Grenzen liegen, nehmen können. Bevorzugt sollen bei der Prüfung die Stadtviertel Paulusviertel und Giebichenstein behandelt werden.

gez. Alexander Raue
Fraktionsvorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion

Begründung:

Spätestens seit 2015 lässt sich in der Stadt eine zunehmende Segregation feststellen. Diese wird vor allem dadurch vorangetrieben, dass sich immer mehr, oftmals mittellose Einwanderer in den Stadtteilen mit geringen Mieten einmieten müssen, weil die KdU-Sozialleistungen nichts Anderes zulassen und es damit dort zu einer umfangreichen gesellschaftlichen Umwälzung kommt.

Um diese Gebiete zu entlasten und gleichzeitig die Befürworter der Einwanderung, soweit es sich an den Wahlergebnissen in den Wahlbezirken ablesen lässt, an der von ihnen begünstigten Zuwanderung von Menschen aus aller Welt teilhaben zu lassen, soll nach Möglichkeit eine konzentrierte Ansiedlung in den Stadtteilen Paulusviertel und Giebichenstein angestrebt werden.

In diesen Stadtteilen lässt sich an den Wahlergebnissen der Parteien Grüne, Linke und SPD eine besonders hohe Zustimmung zu einer mit zahlreichen Einwanderern durchmischten Gesellschaft ablesen.

Dieser Umstand dürfte die Integration enorm fördern und zu einem friedvollen Miteinander aller Kulturen und Religionen führen.

Dort wo dies offensichtlich schon zur Überforderung geführt hat (nördliche und südliche Neustadt), würde damit eine deutliche Entspannung der Lage bewirkt.

Derzeit besteht das Problem, dass die Mieten im Paulusviertel und im Giebichensteinviertel nicht für eine KdU-konforme Vermietung in großem Umfang tauglich sind.

Die gesellschaftlichen Kosten der voranschreitenden Parallelgesellschaften in Stadtvierteln wie der südlichen Neustadt, die bereits jetzt zu 34% von Ausländern bewohnt wird und bei proportionaler Entwicklung die Marke von 50% noch vor dem Jahr 2030 überschritten haben wird, sind um einiges höher als das, was im Paulusviertel und in Giebichenstein an Miete ausgegeben würde.

Wir können es uns nicht erlauben, ganze Stadtteile sich selbst zu überlassen. Die Kommunalpolitik darf hier nicht weiter zuschauen.

Solange Linksparteien und CDU die Einwanderung in unser Sozialsystem nicht stoppen und sich in den Städten die negativen Auswirkungen des großen Zustromes von mittellosen und teils ungebildeten Zuwanderern aus fremden Kulturen weiter verschärfen, müssen die verantwortlichen Stadträte gemeinsam mit der Stadtverwaltung neue Wege zur gerechten Lastenverteilung beschreiten.



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

01.07.2021

Sitzung des Stadtrates am 21.07.2021

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion für eine Konzeption zur gerechten Verteilung der Belastungen durch Asyl und Migration sowie zur Verminderung der Segregation von Ausländern im Stadtgebiet

Vorlagen-Nummer: VII/2021/02648

TOP:

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Wirtschaft und Politik betonen seit vielen Jahren die Notwendigkeit von Zuwanderung nach Deutschland, da die natürliche Bevölkerungsentwicklung seit mehr als 40 Jahren negativ ist und ohne Zuwanderung schwere wirtschaftliche Einbußen sowie Wohlstandsverluste drohen. Migranten und Migrantinnen erbringen hohe und unverzichtbare Leistungen für unser Gemeinwesen. Sie verdienen unsere Anerkennung.

Die konservative Tageszeitung „DIE WELT“ konstatiert am 30.01.2018: „Ohne Zuwanderung sieht Deutschlands Zukunft düster aus“ und im Hinblick auf die beiden BIONTECH-Gründer und –erfinder des CORONA-Impfstoffes Ugur Sahin und Özlem Türeci ist dem nichts hinzuzufügen.

Halle weist tatsächlich ein hohes Maß an Segregation auf, welches für die weitere Entwicklung der Stadt und ihrer Stadtviertel nachteilig ist und in einzelnen Stadtvierteln zu großen Problemen führt. Die Stadt ist entschlossen, diesen nachteiligen Folgen einer hohen Segregation wirkungsvoll zu begegnen. Dafür wurden beispielsweise Maßnahmen im Integrierten Stadtentwicklungskonzept ISEK Halle 2025 (Beschluss Oktober 2017) und insbesondere im Wohnungspolitischen Konzept (Beschluss Juni 2018) sowie im Bildungskonzept für die Stadt Halle (Beschluss 2021) vorgesehen. Des Weiteren hat der Stadtrat im Juli 2020 Maßnahmen zur Bekämpfung der Segregation beschlossen (siehe Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bekämpfung sozialer Segregation VII/2020/01055).

Die Ablehnung des Antrages begründet sich vor allem durch die bewusst vorgenommene einseitige Verengung auf die Gruppe der Ausländer*innen sowie die Ursachen von Segregation in Asyl und Migration zu verorten. Dies geht am Kern der Segregation als Prozess der sozialräumlichen Entmischung von Städten vorbei und erschwert eher die Problembekämpfung. Denn die prägende Dimension der Segregation ist eine soziale, weshalb auch im normalen Sprachgebrauch von "sozialer Segregation" gesprochen wird. Armutsursachen sind wesentlicher Treiber der Segregation.

Katharina Brederlow
Beigeordnete



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

20.05.2021

Sitzung des Stadtrates am 26.05.2021

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion für eine Konzeption zur gerechten Verteilung der Belastungen durch Asyl- und Migration sowie zur Verminderung der Segregation von Ausländern im Stadtgebiet

Vorlagen-Nummer: VII/2021/02648

TOP: 9.10

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Oberbürgermeister verweist den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.

Begründung:

Die Antragstellerin erkennt die wesentlichen Ursachen der Segregation, im Ausschuss soll hierzu aufgeklärt werden.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister